

Zamir Shtylla (Tirana)

DIE DEPORTATION VON ALBANERN IN JUGOSLAWIEN NACH DEM ZWEITEN WELTKRIEG (1950 - 1966)

Die Auflösung des Königreichs Jugoslawien nach der faschistischen Okkupation im April 1941 unterbrach für die Dauer des Zweiten Weltkriegs die Politik der zwangsweisen Deportation von Albanern aus Kosova und anderen Gegenden in die Türkei. Es wurden jedoch weiterhin Pläne entworfen, diese Deportationspolitik nach Kriegsende fortzusetzen, wenn der Staat der Südslawen wiedererrichtet würde. In die antialbanischen Bestrebungen, die sich in nichts von denen vor 1941 unterschieden, waren Repräsentanten zweier einander widerstrebender politischer Gruppierungen Jugoslawiens verstrickt: die profaschistische Ätnik-Reaktion und, erstaunlicher- und bedauerlicherweise, die Nationale Befreiungsbewegung. Während erstere im ersten Jahr der Okkupation ihre Position bekräftigte, tat zweitere dies bei Kriegsende.

Das Programm der Ätnik-Reaktion zur Vertreibung und Assimilation von Albanern wurde am 20. Dezember 1941 verabschiedet, versehen mit der Unterschrift des Kriegsministers der

jugoslawischen Exilregierung, Draža Mihajlović¹, des Oberkommandierenden der Ätnik-Einheiten, die mit der Besatzungsmacht gegen den jugoslawischen nationalen Befreiungskrieg kollaborierten. Unter besonderem Hinweis auf die von Seiten der Albaner für Serbien und Jugoslawien ausgehende Gefahr hob dieses Programm hervor, daß einer der hauptsächlichen Wege, die Albaner zu eliminieren, deren Verlegung nach Innerserbien sei, unter gleichzeitigem Betreiben ihrer Auswanderung in die Türkei. Die Verfasser dieses Ätnik-Programms unterstrichen auch die Notwendigkeit, die Deportation mit einer Umsiedlungspolitik zu kombinieren, wobei die "Serben aus den Bezirken von Studenica und Alt-Kolaó in in das Kosovo verbracht werden sollten..., während Serben aus den gebirgigen Úupas und aus montenegrinischen Sippen, besonders aus Vasojević ..., und Handwerker aus Serbien... nach Metohija verbracht werden sollten." (Dukagjin-Plateau Z. Sh.)²

Das zweite Programm in Form eines Berichts datiert vom 3. November 1944 und trägt die Unterschrift von Doz. Vasa Äubrilović.³ Unter dem Titel "The Problem of Minorities in the New Yugoslavia" wurde es in aller Eile zusammengestellt und der Führung der Nationalen Befreiungsbewegung Jugoslawiens übermittelt, wo es eine beschränkte Gruppe diskutierte.⁴ Dieser Vorschlag unterschied sich nicht von jenem, für den er am 7. März

¹ M. Krasniqi, *Savremene druó tveno-geografske promene na Kosovu i Metohiji*, Prishtina 1963, p.34.

² M. Krasniqi, *Savremene...*, p.34.

³ AIH, A-VIII-561, V. Äubrilović, "Das Problem der Minderheiten im neuen Jugoslawien."

⁴ H. Bajrami, *Entschieden gegen die Mißhandlung von Volksgruppen*, in *Rilindja*, Prishtina, 12. März 1985. Vasa Äubrilović verfaßte und präsentierte seinen Bericht kurz bevor er zum Minister für Land- und Forstwirtschaft in der neuen jugoslawischen Regierung ernannt wurde; er war also zu dieser Zeit und blieb auch später eine der Führung der Kommunistischen Partei Jugoslawiens wohlbekannte und von ihr geschätzte Persönlichkeit.

1937 im "Serbischen Kulturklub" in Belgrad eingetreten war. Der einzige Unterschied liegt in der höheren Zahl nichtslawischer Bevölkerung Jugoslawiens, auf die Å ubriloviø seine Umsiedlungspläne anwenden wollte. Nunmehr wandte sich da frühere Mitglied des Serbischen Kulturklubs nicht mehr an die Königlich Jugoslawische Regierung, sondern an die Führungsspitze der Nationalen Befreiungsbewegung Jugoslawiens.

Der Angelpunkt von Å ubriloviø s Vorstellungen über die Zukunft des Staates der Südslawen war ein föderalistisches Jugoslawien, das ein für allemal von den nichtslawischen Minderheiten, insbesondere den Albanern, Deutschen und Ungarn befreit sein sollte. Er hob hervor: "Das demokratische föderalistische Jugoslawien kann sich den Frieden und Fortschritt nur sichern, wenn es ethnisch rein ist und die Frage der Minderheiten ein für allemal durch deren Deportation beendet ist."

Å ubriloviø forderte, daß die Führungsspitze der Nationalen Befreiungsbewegung Jugoslawiens im richtigen Augenblick und unter größter Vorsicht die durch den Zweiten Weltkrieg gegebenen Möglichkeiten zur völligen Entfernung der Albaner und anderer Minderheiten aus dem jugoslawischen Staat ausnutzen sollte. Aus seiner Sicht waren Kriege der Lösung dieses Problems äußerst förderlich, denn was in Friedenszeiten nur durch Jahrzehnte und Jahrhunderte hin durchgeführt werden kann, läßt sich in Kriegszeiten im Zeitraum von Monaten oder Jahren bewerkstelligen.

Laut Å ubriloviø war der einzige Weg zur Auslöschung der Albaner die "Vertreibung von hunderttausenden", und die hauptsächlichsten Methoden, sie zur Auswanderung zu zwingen, die Anwendung von offener Gewalt und Terror durch militärische Abteilungen.

Hand in Hand mit der Deportation empfahl Å ubriloviø Schnelligkeit und perfekte Organisation bei der systematischen und planmäßigen Kolonisierung der Regionen aus denen die Albaner vertrieben werden sollten. Für ihn hatten diese Regionen nationale, politische, soziale und ökonomische Bedeutung für den jugoslawi-

schen Staat. Bei der Forderung, daß die Vertreibung der Albaner durch die Armee und die Organe der Nationalen Befreiungsräte erfolgen sollte, legte er besonderen Wert auf die Instruktionen und Anweisungen, die besonders den Basiseinheiten der Nationalen Befreiungsräte über die möglichst effektive Organisation und Durchführung der Deportation und Kolonisation erteilt werden sollten. "Diese Frage", sagte er, "ist wichtig und wird von größter Bedeutung sein, wenn Marschall Tito als Oberkommandierender der Nationalen Befreiungsarmee, neben den Anweisungen für die Armee, auch so schnell wie möglich spezielle Direktiven über die Vorgangsweise der Nationalen Befreiungsräte erlassen wird...".

Obwohl sie nicht unmittelbar eine Wiederkehr der Deportationen von Albanern bedeuteten, zeigten die nachfolgenden Ereignisse in Kosova und anderen Regionen und die dort eingenommene Haltung gegenüber der albanischen Bevölkerung während und nach dem November 1944 deutlich, daß sich die der Führungsspitze der jugoslawischen Nationalen Befreiungsbewegung von Å ubriloviç erteilten Ratschläge in eine blutige und bittere Realität verwandelten.

Zusätzlich zu den Massakern und dem Terror, dem die Albaner in einigen Bezirken sowie in Tetovar, Gostivar, Shkup und anderswo in der Republik Makedonien ausgesetzt waren, setzte der Staat einleitende Maßnahmen, die später zu einer ganz offenen und systematischen Politik in allen albanischen Regionen werden sollte, nämlich die ethnische Identität der Albaner zu verleugnen, indem man sie Türken und Makedonier nannte, in von Albanern bewohnten Gebieten ohne türkische Bevölkerung die Öffnung von türkischsprachigen Schulen förderte, den Gebrauch der albanischen Sprache und albanischer Nationalsymbole untersagte, und so fort.⁵ Die in Shkup herausgegebene Zeitung *Flaka e Vëllazërimit* kommentierte, daß die Propaganda und der Druck zur künstlichen Verminderung

⁵ *Flaka e Vëllazërimit*, Shkup, 4. April 1945, 23. November 1945, 3. Jänner 1946.

der Zahl von Albanern, indem man sie für Muslime erklärte, sowie die künstliche Erhöhung der Zahl von Türken eine speziell gegen die Albaner gerichtete chauvinistische Aktion sei. Diese Zeitung schrieb: "Die Geschädigten sind die Albaner in Makedonien", denn, als Folge dieser ungerechten Politik "vermindert sich die Zahl der Albaner und die Zahl der Türken wird durch Nichttürken vermehrt."⁶ All dies geschah, um im geeigneten Moment zu rechtfertigen, was als Wiederaufnahme der zwangsweisen Emigration von Albanern geplant war, aber bis zu der von der Führungsspitze des jugoslawischen Parteistaates beabsichtigten Annexion Albanien und seiner Einverleibung als siebente Teilrepublik Jugoslawiens nicht durchgeführt werden konnte.

Allein, die Ereignisse von 1948 legten die jugoslawischen Geheimpläne gegen die Republik Albanien und gegen die in ihren angestammten Wohnsitzen in Jugoslawien lebenden Albaner bloß. Nach dieser Zeit wurden die Ideen und Vorschläge Vasa Å ubriloviø vom November 1944 gegen die Albaner mit größter Härte in die Tat umgesetzt. Die Elimination, Verhaftung und Ermordung hervorragender Albaner aus der Zeit der antifaschistischen nationalen Befreiung, wie Nexhat Agolli, Rifat Berisha, Xheladin Hana und vieler anderer in Kosova und anderswo, ging mit einer strengen und flächendeckenden Unterdrückung der albanischen Bevölkerung Jugoslawiens einher.

Im Gefolge der Gewalt und des Terrors gegen die albanische Bevölkerung Jugoslawiens versuchte Jugoslawien nach 1948, möglichst günstige Bedingungen für die Wiederaufnahme der Vertreibung dieser Gruppe in die Türkei herzustellen. Zu diesem Zweck verstärkte Belgrad, unter dem Vorwand einer "konsequenten Durchführung" des Prinzips der vollen Anerkennung der nationalen Rechte für alle Volksgruppen, seine Propaganda für die Öffnung türkischsprachiger Schulen in Kosova und anderen Regionen, so wie dies zuvor in den albanischen Gegenden Makedoniens erfolgt

⁶ *Ibidem*, 27. Dezember 1945.

war. Der Zweck war, in Kosova eine vorher nicht existiert habende türkische Bevölkerung zu erzeugen. Das Problem der Anerkennung der türkischen Nationalität in Kosova wurde in den frühen 50er Jahren aufgeworfen, als man über den beschränkten Gebrauch des Türkischen in einigen urbanen Zentren wie Prizren, Prishtina, Mitrovica, Peja und noch ein paar anderen spekulierte. Der Gebrauch des Türkischen, das im ottomanischen Reich als offizielle Sprache vorgeschrieben war, [sagte nichts über die Nationalität der betreffenden Sprecher aus.]⁷ Nur einige wenige städtische Familien schrieben Türkisch. Die römisch-katholischen Albaner sowie die orthodoxen Serben und Montenegriner konnten Türkisch, was aber in keiner Weise implizierte, daß sie Türken waren.

Vor der Ankündigung offizieller Prozeduren zur Anerkennung der türkischen Nationalität in Kosova wurden in den frühen 50er Jahren von allen staatlichen Organen massive Propagandakampagnen in Dörfern, Stadtvierteln und wirtschaftlichen Zentren inszeniert.⁸ Spitzenfunktionäre des Staates, der Kommunistischen Partei und der Massenorganisationen in Kosova, oftmals unterstützt durch Delegierte des Zentrums, behaupteten, daß das "sozialistische" Jugoslawien Personen türkischer Nationalität in keiner Weise hindern würde, ihr freies Heimatland aufzusuchen, wann immer sie entsprechende Anträge stellten.⁹ Nach der geräuschvollen Propaganda und dem ausgeübten Druck ersuchte Belgrad am 20. März 1951 den Regionalen Volksrat, über die Anerkennung der türkischen Nationalität und auf dieser Basis auch über die "Öffnung türkischsprachiger Schulen auf dem Gebiet der Autonomen Republik Kosova-Metohija" abzustimmen.¹⁰ Der

⁷ F. Agani, *Die Volkszählung und einige Überlegungen hiezu*, in *Përparimi*, Prishtina 1971, no. 7, p. 538.

⁸ *Zëri i popullit*, 27. November 1952.

⁹ *Ibidem*, 17. Juli 1953.

¹⁰ *Der Volksrat der Autonomen Region Kosova und Metohija*, Prishtina 1955, pp. 564-565.

politische Sekretär des regionalen Komitees der KPJ, Djoko Pajkovic, bekämpfte albanische Delegierte die, wie Zekeria Rexha, die antialbanische Zielsetzung dieser Angelegenheit mit Fakten klarlegten und bedrohte einzelne Delegierte des Regionalen Volksrats. Er sagte ihnen, daß sie der Entscheidung, "durch welche die nationalen Rechte einer Reihe von Bewohnern Kosovas und Metohijas..., die sich selbst als Türken ansahen, anerkannt werden", zuzustimmen hätten.¹¹ Dieses Sprachrohr Belgrads montenegrinischer Abkunft, das die höchste Position in Kosova innehatte, spielte offen auf die einzige Alternative an, die das an der Macht befindliche Regime der gesamten albanischen Bevölkerung Jugoslawiens zgedacht hatte, nämlich erstens die Denationalisierung, indem sie zu Türken erklärt wurden und zweitens, in unmittelbarer Folge, die Deportation in die Türkei.

Dieser starke Druck zwang den Regionalen Rat, am 20. Mai 1951 die türkische Nationalität in Kosova anzuerkennen, während die Entscheidung über die türkischsprachigen Schulen so ausfiel, daß die serbischen Funktionäre freie Hand hatten, so viele als möglich in der Region zu errichten und die albanischen Kinder zu zwingen, sie zu besuchen. Der erste Absatz dieses Beschlusses verordnete: "In der Zone der autonomen Region Kosova-Metohija werden überall wo dies notwendig erscheint für die türkische Volksgruppe Schulen mit Türkisch als Unterrichtssprache errichtet".¹² Die jugoslawischen Staatsorgane beschränkten sich hierbei nicht nur auf jene Teile Kosovas, wo die Gesamtheit von 1.315 Türken erhoben worden war, sondern ergriffen diese Maßnahme überall dort, wo es den Machthabern "notwendig erschien."

Schritt für Schritt begannen die Presse und andere Propagandamittel, die allgemeinen Errungenschaften der "türkischen Volksgruppe" in Kosova publik zu machen, unter ständiger Betonung der sogenannten geistigen, religiösen und anderen

¹¹ *Ibidem*, p. 565.

¹² *Ibidem*, p. 568.

Verbindungen zwischen der Bevölkerung von Kosova und den Nationaltürken. In den Rundfunksendungen und Zeitungsartikeln setzte sich mehr und mehr die offene Tendenz zur Tatsachenverdrehung und Geschichtsfälschung durch; es galt zu beweisen, daß die Kosovoalbaner sich in ihrer Mentalität, ihren Ansichten und ihren Glaubensvorstellungen nicht von den türkischen Bewohnern der Türkei unterschieden.¹³

Die Politik, das türkische Element um jeden Preis herauszustreichen und gleichzeitig den Anteil der türkischen Volksgruppe zuungunsten der Albaner in unglaubliche Größenordnungen zu steigern, wurde durch die zweite Volkszählung von 1953 vollendet. Ihrem Ergebnis nach betrug die Anzahl der türkischen Bewohner Kosovas 34.583, zu vergleichen mit den 1.315 der Volkszählung von 1948. Dieser Anstieg von 33.268 war in keiner Weise als natürlicher Zuwachs zu erklären, sondern hatte nur den Zweck, "die Zahl der in die Türkei umzusiedelnden Menschen zu erhöhen".¹⁴ Die Volkszählung von 1953 verzeichnete 524.555 albanische Bewohner dieser Region, zu vergleichen mit den 498.242 der Volkszählung von 1948. Die Zunahme war mit 26.313 geringer als die der Türken und viel geringer als die tatsächliche Zunahme der albanischen Bevölkerung, die nach einer Schätzung über die fünf Jahre zwischen den beiden Zählungen mehr als 75.000 betrug, also 50.000 mehr als die Zählung ergeben hatte.

In Makedonien waren die Manipulationen der Größe der türkischen Volksgruppe zu Lasten der Albaner bei der Volkszählung von 1953 noch offensichtlicher. Die Zählung ergab 162.524 albanische Bewohner, 34.865 weniger als 1948. Statt nach Maßgabe eines normalen demographischen Vorgangs zuzunehmen, waren die Albaner plötzlich weniger geworden. Hingegen war die türkische

¹³ *Zëri i popullit*, 8. Dezember 1951.

¹⁴ A. Pushka, *Die Veränderung der nationalen Struktur der Bevölkerung von Kosova und die Immigration in den 70 Jahren dieses Jahrhunderts*, in *Përparimi*, Prishtina 1971, no. 10, p. 839.

Volkgruppe Makedoniens, wie die in Kosova, mit erstaunlicher Rasanz gewachsen. Gegenüber den 95.940 des Jahres 1948, die schon damals zuungunsten der Albaner gefälscht worden waren, zählten die jugoslawischen Stellen im Jahre 1953 203.000 Einwohner türkischer Nationalität.

Gleichartige Manipulationen der Volkszählung wie in Kosova und Makedonien 1953 auch in anderen Regionen mit albanischen Bevölkerungsanteil beobachtet. In Serbien, mit Ausnahme der autonomen Regionen Kosova und Vojvodina, wo die Gemeinden Presheva, Bujanovc und Medvedja albanischen Bevölkerungsanteil hatten, wuchsen die 1948 mit 523 veranschlagten Türken zu 19.555 an, während in Montenegro ihre Zahl von vormals 2 zu 292 emporschnellte.

In ganz Jugoslawien registrierte die Volkszählung von 1953 eine Gesamtheit von 259.535 Einwohnern türkischer Nationalität. Auf der Basis der 1948 gezählten 97.954 Türken bedeutet dies einen Zuwachs von 161.581. Im selben Zeitraum blieb die Anzahl der Albaner so gut wie konstant. 1948 waren es 750.431, fünf Jahre später 754.245, also nur 3.814 mehr, in ganz Jugoslawien. Was mit den unregistrierten Albanern geschah, die nach approximativen Berechnungen mindestens 115.000 gewesen sein müssen, zeigt sich deutlich durch den außerordentlichen Anstieg der Zahl von Türken, die "in sozialen und politischen Umständen lebten, die ihrer Orientierung und ihrem Selbstverständnis als Türken sehr förderlich waren".¹⁵ Nach der Entfernung von Rankoviø und seiner Gruppe im Jahre 1966, als es den Albanern möglich wurde, die ihnen gegenüber angenommene Einstellung zu ergründen, kamen einige Aspekte dieser speziellen "sozialen und politischen Umstände" ans Tageslicht, die durch die Aktivierung von Funktionären einzelner Organe des Innenministeriums entstanden waren, die "hunderte von Albanern zum UDB zusammentrieben und sie unter Drohungen

¹⁵ F. Agani, *Die Volkszählung und...*, in *Përparimi*, no. 7, 1971, p. 538.

aufforderten, sich als Türken auszugeben".¹⁶ Dies wurde auch beim 7. Plenum des Regionalen Komitees des Bundes der Kommunisten von Kosova im Oktober 1966 bekannt, als öffentlich zugegeben wurde, daß die Albaner während der Volkszählung "unter Druck gesetzt und gezwungen worden waren, sich als Türken auszugeben".¹⁷ Die Ausübung verdeckten und offenen Drucks während der Volkszählungen verursachte oftmals solch unglaubliche Situationen, daß in einer Reihe von Fällen nach der Zählung in ein und derselben Familie "der eine Bruder Türke war und der andere Albaner, oder die Mutter Türkin und die Tochter Albanerin...".¹⁸ Das einzige Ziel dieser Taktik in den frühen 50er Jahren und später war, daß durch die Schaffung einer Volksgruppe von hunderttausenden Türken in Jugoslawien, besonders in jenen Gegenden, wo die Bevölkerung überwiegend albanisch war, "Bemühungen hervorgerufen würden, sie zur Emigration in die Türkei zu zwingen".¹⁹ Um dieses Endziel zu erreichen, trafen die Organe des Staates und der Teilrepublik besondere gesetzliche Vorkehrungen "über die Möglichkeit der permanenten Entfernung Angehöriger der türkischen Volksgruppe in die Türkei,"²⁰ gerade zu anfang der 50er Jahre und nach der Volkszählung von 1953, als die Zahl der Angehörigen der türkischen Volksgruppe in Jugoslawien zuungunsten der Albaner von 97.000 auf mehr als 250.000 künstlich erhöht worden war. Gleichzeitig verstärkte die jugoslawische Diplomatie ihre Bemühungen zur Schaffung günstiger internationaler Bedingungen, sodaß die Aussiedlung jugoslawischer Staatsangehöriger "türkischer Nationalität" in die Türkei unter angemessenen Umständen und ohne

¹⁶ *Rilindja*, Prishtina, 13. Oktober 1966, p. 4.

¹⁷ *Ibidem*, p. 3.

¹⁸ *Rilindja*, 14. Oktober 1966, p. 3.

¹⁹ E. Haskuka, *Die historisch-geographischen Perioden der Gemeinde Prizren*, in *Albanologische Forschungen*, Ethnologische Reihe, no. 6, Prishtina, 1978, pp. 58-59.

²⁰ *Rilindja*, Prishtina, 28. April 1983, p. 7, 11. Mai 1983, p. 10.

Behinderungen so rasch als möglich durchgeführt werden könne.²¹ All dies zeigt, daß die Periode intensiver Vorbereitungen für die Deportation von Albanern aus Kosova in die Türkei in eine Ausübung von Massenterror mündete, der hunderttausende Albaner zwingen sollte, das Land zu verlassen, so wie Vasa Å ubriloviø es sich im Jahre 1944 vorgestellt hatte.

Die jugoslawischen Staatsorgane begannen mit der Massendeportation der als "Türken" bezeichneten Albaner im Jahre 1953, als, nach einigen Berichten, 13.000 Personen in die Türkei verschickt wurden, während ein Jahr später mehr als 17.000 dorthin ausreisen mußten.²² Die Zunahme zu zehntausenden Deportierter in den Jahren 1953-1954 war besonders auffällig im Vergleich mit den ersten zwei, drei Jahren der 50er Jahre, als ihre Zahl nur wenige hundert betrug. Sie war bedingt durch den direkten Druck und auch durch einige antialbanische wirtschaftliche Maßnahmen, die nach 1948 ergriffen worden waren. Einige davon waren: der Einzug der Ländereien albanischer Familien, die als "Feinde" bezeichnet wurden und deren Übergabe an slawische Ansiedler, die willkürliche Konfiskation und Verstaatlichung des Eigentums von Albanern unter dem Vorwand ihrer Verwendung für militärische, industrielle oder stadtplanerische Zwecke, sowie die Einschränkung oder Behinderung der wirtschaftlichen Aktivitäten einiger wesentlicher, mit der albanischen Tradition verknüpfter handwerklicher Erwerbszweige.²³

Im Winter 1955-1956, nach der sogenannten Waffenbeschaffungsaktion, nahm die zwangsweise Deportation von Albanern in die Türkei nie dagewesene Ausmaße an. Nach dem Terror und den Massakern, mit denen sie einherging, kann diese Aktion mit jenen zur Entwaffnung der Albaner vor 1941 verglichen werden; in vieler-

²¹ *Zëri i Popullit*, 16. August 1952, 19. Juni 1954.

²² A. Pushka, *Die Veränderung der nationalen Struktur...*, in *Perparimi*, Prishtina 1971, no. 10, p. 856.

²³ Q. Lleshi, *Die Städte Kosovas*, Prishtina 1977, pp. 15, 145-146, 147.

lei Hinsicht ging sie noch weit darüber hinaus. Unter diesem Vorwand wollten die serbischen Behörden die Situation für die albanische Bevölkerung so unsicher und gespannt als möglich machen, als sie das Recht des Staates auf Waffenrequisition mißbrauchten. Die Entscheidung über die Organisation dieser großen Strafmaßnahme wurde in den führenden Gremien der ICJ getroffen, während ihre Ausführung den Organen für Staatssicherheit in der Region Kosova anvertraut war, die denen der Republik Serbien unmittelbar unterstanden.²⁴ Wie einer der Führer des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens zugeben mußte, war die Waffenrequisition unternommen worden, um die albanische Bevölkerung zu terrorisieren und ihre Deportation in die Türkei nach Kräften zu beschleunigen, und sie war "eine vorsätzliche Attacke gegen die albanische Bevölkerung...".²⁵ Nachdem Kosova in "Alarmzustand" versetzt worden war, indem man es als die gefährlichste Region des Bundesstaats bezeichnete, in der angeblich ein Aufstand vorbereitet wurde,²⁶ begannen starke Kräfte der Miliz und der Organe des UDB ganze Gebiete schlagartig oder schrittweise abzuriegeln. Bei diesen terroristischen Operationen "hatten die Truppen des Sicherheitsdienstes und der Miliz freie Hand in Bezug auf die Wahl der

²⁴ Beiträge zum 7. Plenum des regionalen Komitees des Bundes der Kommunisten von Kosova and Metohija, in *Rilindja*, 16. Oktober 1966. 87% des Personals in den entscheidenden Positionen der Organe für Staatssicherheit in Kosova waren Serben und Mintenegriner, während die wenigen Albaner "untergeordnete Stellungen" innehatten (siehe *Bericht der staatlichen Kommission des regionalen Exekutivrats*, in *Rilindja*, 11. Dez. 1966, p. 6).

²⁵ Beitrag von Duó an Petrovió, Mitglied des Präsidiums des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, zum 7. Plenum des Regionalkomitees des Bundes der Kommunisten von Kosova und Metohija, in *Rilindja*, 14. Oktober 1966, p. 2.

²⁶ Beiträge zum 6. Plenum des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Serbiens, in *Rilindja*, 16. September 1966, p. 3.

Mittel bei der Abrechnung mit den unschuldigen Bürgern".²⁷ Tausende von eingekerkerten oder vorübergehend verhafteten Albanern wurden gedemütigt, verflucht, beleidigt und mit Gewehrkolben in unmenschlicher Weise geprügelt. Die Agenten des UDB und die Milizionäre folterten Personen aller Altersklassen, indem sie sie zur Winterszeit ins Wasser warfen und durch fortgesetzte Torturen verkrüppelten. Viele Menschen starben während oder nach der Folter, ganz zu schweigen von jenen, die verkrüppelt waren und bis an ihr Lebensende Invaliden blieben. In unzähligen Dörfern, besonders in jenen Gemeinden, wo die Bevölkerung zur Gänze oder überwiegend albanisch war, wie in Suhareka, Drenica, Podujeva, Gjakova, Istog, Kaçanik, Vuçiterna und anderswo, "gab es fast keinen Haushalt, in welchem nicht einer der erwachsenen Männer geschlagen worden war...".²⁸ Die aus Agenten des UDB und dutzenden Milizionären bestehenden Operationseinheiten hatten klare Befehle erhalten, daß sie in den Wohnungen "gefährlicher" Personen Haussuchungen auf der Basis von Listen vornehmen sollten, die bereits vor dem Beginn der sogenannten Waffenbeschaffungsaktion angelegt worden waren, und daß sie so viele Albaner wie möglich foltern sollten,²⁹ um den Druck auf ihre möglichst rasche Aussiedlung hin zu verstärken.

Bis Mitte Februar 1956 hatte die Strafaktion alle Regionen Kosovos erfaßt und am 22. Februar befahl der Sekretär für innere Angelegenheiten der Republik Serbien, Vojin Lukić, den Organen des UDB, sie auch auf jene Gemeinden in den peripheren Gebieten auszudehnen wo die Bevölkerung aus Slawen und Albanern bestand, jedoch unter dem klaren Hinweis, daß sie "gegen Bürger

²⁷ Bericht der staatlichen Kommission des Exekutivrats der Regionalversammlung, in *Rilindja*, 14. November 1966, p. 2.

²⁸ *Ibidem*.

²⁹ *Rilindja*, 21. September 1966, p. 4, 29. Februar 1968, p. 6, 6. März 1968, p. 6.

albanischer Nationalität"³⁰ gerichtet sei. So wie in der Region Kosova, wo die Operation mit gesteigerter Brutalität fortgesetzt wurde, litten auch die Albaner letzterer Gebiete unter denselben Methoden der Gewaltanwendung und Folter.

Die Auswirkungen der sogenannten Waffenaktion waren zur Zeit ihrer Durchführung offenkundig, aber besonders in der nachfolgenden Periode durch die große Zahl albanischer Familien die ausreisten oder sich auf die Ausreise vorbereiteten. Ein Dokument des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens stellte einige Jahre später fest: "Die Waffenbeschaffungsaktion hat eine massenhafte Ausreisebewegung in die Türkei geführt...".³¹ Während die Zahl der aus Kosova in die Türkei deportierten Albaner im Jahre 1954 17.000 betrug, verdreifachte sie sich im darauffolgenden Jahr, als die Waffenbeschaffungsaktion begann, auf 51.000. Im Jahre 1956 wanderten weitere 54.000 aus und 1957 betrug die Zahl der zur Ausreise gezwungenen Albaner 57.000.³² Somit nahm in nur drei Jahren, als die Bedrückung der Albaner ihren Höhepunkt erreichte, die Zahl der Emigranten nie dagewesene Dimensionen an, die sich davor nicht einmal die Initiatoren der Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo hätten träumen lassen. Die Zahl der Deportierten in den Jahren 1955-1957 erreichte 160.000, über fünfmal mehr als in den Jahren 1953-1954. Dies zeigt die besondere Rolle, die die Belgrader Regierungskreise der sogenannten Waffenbeschaffungsaktion zugeordnet hatten. So wie in den Jahren 1918-1941, verweilten der Großteil der Albaner vor der Ausreise in die Türkei vorübergehend in Makedonien, wo der jugoslawische Staat die endgültigen Formalitäten zur Ausbürgerung der Emigranten vornahm.

³⁰ Bericht der staatlichen Kommission des Exekutivrats der Regionalversammlung, in *Rilindja*, 14. November 1966, p. 2.

³¹ 1. Plenum des Regionalkomitees des Kommunistischen Bundes Kosovos und Metohijas, in *Rilindja*, 16. Oktober 1966, p. 3.

³² A. Pushka, *The Change in the National Structure...*, in *Përparimi*, Prishtina 1971, no. 10, p. 856.

Die makedonische amtliche Presse publizierte fortwährend Listen von albanischen Familienoberhäuptern, deren jugoslawische Staatsbürgerschaft gegen eine türkische ausgetauscht wurde. So berichtete *Nova Makedonija* im Jänner 1956, daß 976 albanische Familien anlässlich ihrer Emigration in die Türkei ihre Staatsbürgerschaft gewechselt hätten, und ein Jahr später, im Jänner 1957, publizierte dieselbe Zeitung die Namen von 2.000 albanischen Familienoberhäuptern, die ebenfalls ihre Staatsbürgerschaft gewechselt hatten, weil sie in die Türkei ausreisten.

Auch nach der strafmäßigen Waffenrequisition hielt die Bedrückung der albanischen Bevölkerung unvermindert an, um ihre Emigration in die Türkei zu beschleunigen. Wie schon zuvor, war auch dabei der Hauptanteil dieser organisierten antialbanischen Aktivität, besonders in Kosova, den Organen des UDB anvertraut, die sogar gewöhnliche Kriminelle angeheuert hatten.³³ Die in Kosova und anderen albanischen Gebieten operierenden Offiziere und Mitglieder des Staatssicherheitsdienstes und der Miliz, die besondere Schulen und Kurse besucht hatten, verfügten über besondere Materialien und Lehrbücher, die ihnen Chauvinismus und undifferenzierten Haß auf alle Albaner eintrichterten.³⁴ Die Zusammensetzung und die Schulung der Kräfte der Behörden für innere Angelegenheiten legalisierten also jede Art von chauvinistischer oder antialbanischer Einstellung oder Handlung, die von den 50er Jahren bis zur ersten Hälfte der 60er Jahre hauptsächlich auf die Beschleunigung der zwangsweisen Emigration von Albanern in die Türkei gerichtet waren. Bei der Schilderung dieser Aktivität der Beamten und Agenten des UDB verwiesen die albanischen Flüchtlinge darauf, daß sie diesen Schritt unternommen hätten, weil sie, nach vielen Folterungen und Plagen "dem Druck der Beamten des

³³ *Rilindja*, 5. August 1966, pp.1-2, 5. - 7. Dezember 1966, p. 5.

³⁴ 6. Plenum des Zentralkomitees des Bundes der Kommunisten Serbiens, in *Rilindja*, 15. September 1966, p. 4.

Staatssicherheitsdienstes, in die Türkei auszuwandern, nicht länger widerstehen konnten".³⁵

Das endgültige Ziel der antialbanischen Organe des UDB und insgesamt der ganzen jugoslawischen Staatspolitik zur Fortsetzung und Beschleunigung der Emigration aus Kosova und anderen Regionen war, daß keine Albaner oder nur so wenige als möglich in diesen Gebieten verbleiben sollten, sodaß die ethnischen Verhältnisse sich radikal zugunsten der slawischen Bevölkerung verschieben sollten.³⁶

In der ersten Hälfte der 60er Jahre hielt die Auswanderung zehntausender Albaner in die Türkei, obschon mit geringerer Intensität als nach der Waffenbeschaffungsaktion, weiter an.

Die wirkliche Zahl der Albaner wurde niemals öffentlich bekanntgegeben, aus dem einfachen Grund, weil die Anwendung der zwangsweisen Auswanderung ein beredtes Zeugnis für die Falschheit und Demagogie Belgrads in Bezug auf seine sogenannte gerechte Volksgruppenpolitik und die Gleichheit der Albaner mit anderen Ethnien in Jugoslawien war.

Dennoch zeigen verschiedene Quellen und Schätzungen der demographischen Prozesse in Kosova und anderen albanischen Gebieten, daß die Zahl der Emigranten außerordentlich hoch war und sich auf hunderttausende belief, wesentlich höher noch als nicht nur die Zahl der zwischen 1918 und 1941 in die Türkei deportierten Albaner, sondern die der ganzen Periode von 1912 bis 1941. Hervorragende Kenner der sozial-demographischen Trends in den albanischen Gebieten haben behauptet, daß allein in den Jahren 1953 bis 1960 an die 283.000 Personen emigrierten.³⁷ Für die ganze

³⁵ Bericht der Kommission über die Maßnahmen des Staatssicherheitsdienstes in Makedonien, in *Rilindja*, 7. September 1966, p. 4.

³⁶ 6. Plenum des Zentralkomitees der Bundes der Kommunisten Serbiens, in *Rilindja*, 13. Oktober 1966, p. 4.

³⁷ A. Pushka, *Die Veränderung der nationalen Struktur...*, in *Përparimi*, Prishtina 1971, no. 10, p. 856; M. Krasniqi in der Monographie *Die*

Periode von 1950 bis 1966 wird die geschätzte Zahl der in die Türkei deportierten Albaner mit über 400.000 angegeben.³⁸

Die Politik der zwangsweisen Auswanderung von Albanern in die Türkei in der zweiten Hälfte der 60er Jahre endete unter den politischen Umständen, die durch die Entfernung des korrupten Rankovic aus allen Staats- und Parteifunktionen hervorgerufen wurden. Sie wurde aber durch eine auf subtilere Weise gegen diese Volksgruppe geführte Politik ersetzt. Nach 1966 und in den 70er und 80er Jahren nahm die sogenannte wirtschaftsbedingte Auswanderung innerhalb und außerhalb der Föderation einen hohen Anteil an und, gleichzeitig damit, aber in einem geringeren Ausmaß, auch die politisch bedingte Auswanderung aus Jugoslawien.

Die zwangsweise Ausreise von Albanern aus ihren Geburtsorten erfolgte durch künstlich hervorgerufene wirtschaftliche Faktoren und die unausgesetzte Verfolgung einer willkürlichen antialbanischen Politik, die sich in keiner Hinsicht von der in früheren Zeiten betriebenen unterscheidet.

*gegenwärtigen sozio-geographischen Veränderungen in Kosova und Metohija (Savremene dustveno geografske promene na Kosovi 1953-1957) veranschlagt die Zahl der aus Jugoslawien Zwangsemigrierten auf 195.000. Die überwiegende Mehrheit davon wurde nach 1955 deportiert und stammte fast zur Gänze aus Kosova und Makedonien; Hivzi Islami vermerkt, daß in diesen Jahren "nur die als Türken deklarierten von der türkischen Regierung aufgenommen wurden" (siehe H. Islami, *Die Verteilung und Zahl der Albaner*, in *Albanologische Forschungen*, Ethnologische Reihe, Prishtina 1976, no. 6, p. 23).*

³⁸ H. Hoti, Probleme und Terminologie, in *Përparimi*, Prishtina 1976, no. 5, p. 520; P. Nushi, *Die Charakteristik der Migration von Angehörigen der albanischen Volksgruppe in Jugoslawien und hauptsächliche Dimensionen des Prozesses ihrer Integration in die Länder in die sie ausgewandert sind*, in *Jehona*, Shkup 1977, Nr. 9-10, pp. 1100-1101.